



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen



# Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

## Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1893

01.02.1893 - Sitzung Nr.3

---

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

## No. 3.

## Verhandlungen der Bürgerschaft.

Sitzung vom 1. Februar 1893.

Entschuldigt waren folgende Herren:

Bulle, Dr. A.	Möller, F.
Danziger, Herm.	Schäfer, Joh. Heinr.
Donandt, Richter Dr.	Schrader, F. W.
Fitzger, C.	Smidt, Joh.
Fritz, F. G.	Wagt, F. D. jr.

Nicht entschuldigt waren folgende Herren:

Brauns, Joh. Heinr. Carl.	Ellerbrock, F. Peter.
Bredenkamp, C. F.	Finke, D. H.

Flemming, Johs.
Franke, F. Aug.
Frahm, W.
Gaertner, Georg B.
Gottlieb, Christ.
Harber, Heinr.
Hartmann, Carl.
Hoffmann, Th. G.
Kämerna, Joh.

Kollra, F.
Kulenkampff, Caspar.
Landwehr, H. W.
Loose, Bernh.
Leisewitz, L.
Raben, Richter Carl.
Segelken, Joh.
Ulrichs, Eduard.
Wieting, C. F. H.

## Gegenstände der Tagesordnung:

	Verhandelt	Seite		Verhandelt	Seite
I. Mittheilung des Senats vom 6. und 13. Januar 1893 und Bericht der Kommission.			V. Mittheilung des Senats vom 13. Januar 1893:		
Instandsetzung der Dienstwohnung des Direktors der Handelsschule . . . . .	24		2. Hülfschule . . . . .	30	
II. Mittheilung des Senats vom 24. Januar 1893:			3. Verkauf eines Anbauplatzes in Bremerhaven . . . . .	31	
Straßenregulirung am Höhenpfad und an der Hoppenbant . . . . .	25		VI. Mittheilung des Senats vom 23. Januar 1893:		
III. Mittheilung des Senats vom 10. Januar 1893:			1. Neuvermessung des Bahnhofsterrains . . . . .	31	
2. Ankauf der Lampe'schen Stelle für die Krankenanstalt . . . . .	25		2. Anschluß der Gemeinde Rabtinghausen an die städtische Wasserleitung. (N. z. Verh. gef.)		
3. Freihafen . . . . .	27		VII. Antrag, betr. Anlage von Abortgruben. (N. z. Verh. gef.)		
4. Seefahrtsschule . . . . .	30		VIII. Mittheilung des Senats vom 25. Oktober 1892:		
IV. Mittheilung des Senats vom 23. December 1892:			Wege in der ehemaligen Feldmark Walle. (N. z. Verh. gef.)		
1. Abführung des Hochwassers . . . . .	30		IX. Mittheilung des Senats vom 8. November 1892:		
2. Neubau der großen Weserbrücke . . . . .	30		1. Volksschulen (Haus Birkenstraße Nr. 12).		
			4. Einrichtung einer Mietwohnung für Landjäger im Packhaus Süsterstr. Nr. 2. (N. z. Verh. gef.)		

Herr H. Claussen präsidirte.

Eröffnung der Sitzung gegen 6 $\frac{1}{2}$  Uhr.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wurde genehmigt.

Herr Präsident zeigte an, daß noch eine Mittheilung des Senats vom 30. Januar ferner eine Eingabe von Bewohnern der Neustadt in Bezug auf den Neubau der Weserbrücke eingegangen sei.

Nr. I der Tagesordnung:

### Mittheilung des Senats v. 6. u. 13. Januar 1893 und Bericht der Kommission:

Instandsetzung der Dienstwohnung des Direktors  
der Handelsschule.

Herr Bergfeld für die Kommission: Die Bürgerschaft habe die Kommission beauftragt, innerhalb 14 Tagen zu berichten. Aus diesem Grunde war es der Kommission nicht möglich, der Bürgerschaft den Bericht gedruckt zugehen zu lassen; er erlaube sich daher, mündlich zu berichten. Das Direktionsgebäude, eine Verlängerung des Hauptschulgebäudes nach Westen gelegen, sei ein großes, mächtiges Gebäude mit tiefem Keller, Parterre, zwei Stockwerken und Wohnhaus, in welchem 14 geräumige Wohnzimmer von 14—17 Fuß Höhe in einem kalten, durch Windfänge in jeder Etage abgeschlossenen Treppenhaus sich befinden. Der Eindruck, welchen die Kommission von den ganzen Baulichkeiten bekam, sei der, daß bei den hohen Räumen, bei der außerordentlichen Abnutzung dieser Räume, wie der Nothwendigkeit der Verlegung des Direktorialzimmers und der Schaffung eines Vorzimmers die Summe von 6000 *M.* an sich wohl zu rechtfertigen sei. Was den zweiten Auftrag der Kommission betreffe, zu prüfen, ob Regreß zu nehmen sei für den Schaden der Wohnung an den früheren Bewohner, so glaube die Kommission dies verneinen zu müssen. Es sei an dem Hause seit der Erbauung der Schule wohl kaum etwas anderes gemacht worden, wie die nothwendigste Instandhaltung. Ohne auf die prinzipielle, oft ventilirte Frage, ob eine Dienstwohnung neben dem Schulgebäude nothwendig sei, einzugehen, habe die Kommission doch geglaubt, der Bürgerschaft empfehlen zu sollen, diese Dienstwohnung nicht bei der Schule zu lassen. Sie erlaube sich folgenden Antrag:

Die Bürgerschaft genehmigt die Verlegung des Geschäftszimmers des Direktors, sowie den Ausbau eines Vorzimmers und bewilligt die dafür veranschlagten 1200 *M.* — Im Uebrigen beauftragt sie die Schuldeputation mit einem Berichte darüber, ob es sich nicht empfiehlt, zu versuchen, die jetzige Dienstwohnung des Direktors für andere staatliche Zwecke zur Verfügung zu halten, und mit dem kürzlich zum Direktor ernannten Herrn dahin in Unterhandlung zu treten, daß er gegen Gewährung einer angemessenen Miethentschädigung auf die Dienstwohnung verzichtet. Sie ersucht den Senat, auch seinerseits der Schuldeputation den gleichen Auftrag zu erteilen.

Was der damalige Baumeister der Schule sich dabei gedacht haben möge, ein Gebäude zu errichten im Werthe von 70—80 000 *M.* für eine Direktorenwohnung, das sei der Kommission nicht ganz klar geworden; möglich, daß der Baumeister an die traditionelle Berechtigung der Schullehrer resp. Schuldirektoren eines reichen Kindersegens gedacht habe (Heiterkeit), indem er 14 große Zimmer zur Verfügung einer solchen Wohnung gestellt habe. Wenn diese Wohnung unabhängig von der Schule gebaut wäre als ein freundliches Wohnhaus im Werthe von 30—40 000 *M.*, so würde die Kommission die Prinzipienfrage gar nicht aufgeworfen haben; sie mußte sich aber sagen, daß für die geistige Anregung und für das Wohlbefinden des Schuldirektors derselbe vielleicht wünschen werde, statt so mangelhafter Räume eine kleinere, bequemere Wohnung zu erhalten, wie diese übermäßig großen, hohen, unzweckmäßig disponirten Räume. Es sei klar, daß gerade für solche Herren, die in ihrem Berufe geistig angestrengt arbeiten, es einer geistigen Anregung bedürfe, und daß sie solche nicht finden können in so unbequemen Räumen. Auch aus diesem Grunde glaube die Kommission der Bürgerschaft empfehlen zu sollen, die Wohnung ihm abzunehmen resp. die Sache zur nochmaligen Begutachtung an die Schuldeputation zu verweisen und nur die Verlegung des Direktorialzimmers zu genehmigen. Er empfehle diesen Antrag.

Herr Struckmann: In der Kommission habe er zuerst auf dem Standpunkte gestanden, daß es unbedingt nothwendig sei, daß der Direktor in der Schule wohne, und nach den Ermittlungen der Kommission war auch anzunehmen, daß das der Wunsch des jetzigen Direktors sei. Aber nachdem er die Wohnung gesehen, habe er erklären müssen, daß es ein Zwang sein würde, Jemand in solche Räume hineinzutreiben. Wenn auch die 6000 *M.* aufgewendet würden, so wäre es doch nicht möglich damit Räume zu schaffen, wie sie sein sollen und wie sie Herr Bergfeld geschildert habe, Räume, die für den Direktor in seinem Beruf Anregung bieten können. Aus diesem Grunde habe auch Redner als Sachverständiger sich in diesem Falle für den Antrag der Kommission erklären müssen.

Herr Bruns: Er möchte sich die Anfrage erlauben, ob es zulässig sei, einen gleichen Auftrag hinsichtlich der Direktorenwohnung des Gymnasiums der Schuldeputation zu erteilen. Dort scheinen die geschilderten Uebelstände noch viel schlimmer hervorzutreten. Es werde deshalb bei der Anstellung eines neuen Direktors des Gymnasiums dort vielleicht ebenso verfahren werden können, wie mit der Dienstwohnung des Direktors der Handelsschule.

Herr Präsident: Es werde keine Bedenken haben, auch diesen Auftrag der Schuldeputation zu geben.

Herr Bruns: Dann beantrage er das.

Der Antrag der Kommission wurde mit dem Zusatz des Herrn Bruns angenommen.

Nr. II der Tagesordnung:

### Mittheilung des Senats vom 24. Januar 1893:

Straßenregulirung am Hohenpfad und an der Hoppenbank.

Herr Tebelmann: Es handele sich hier, wie aus der Erklärung des Senats und dem Bericht der Baudeputation hervorgehe, um zwei Regulirungen, einmal um eine solche am Hohenpfad, sodann um die an der Hoppenbank. Nach der Erklärung des Senats werde die letztere zunächst anzuschneiden sein, weil derselbe es für wünschenswerth halte, daß über diese erst beim Budget verhandelt werde. Ueber die erste Regulirung bedürfe es wohl nicht vieler Worte der Empfehlung, es sei eine so glückliche, wie sie seit langer Zeit mit verhältnißmäßig geringen Kosten nicht zu ermöglichen gewesen sei, sie betreffe die Durchführung der Rutenstraße von der Kohlhöckerstraße bis zum Eingang der Contrescarpe, was für den Verkehr von bedeutendem Vortheil sein werde, und sie sei dem wirklich sehr foulanten Entgegenkommen des Testamentsvollstreckers für Plate Wwe. Erben zu danken. Der Betrag von 7000 M. sei gering, er stehe nicht im Verhältniß zu dem Vortheil. Er bitte den Antrag der Deputation anzunehmen.

Herr Reichmann: Anschließend an diese Vorlage wegen Verbreiterung des Hohenpfades möchte er die Baudeputation ersuchen, sich auch um die Verbreiterung der Strecke bis zum OSTERHORSSTEINWEG zu bemühen. Der Hohenpfad bestehe aus zwei Theilen, einmal aus der Strecke von der Contrescarpe nach der Rutenstraße, zweitens aus der nach dem OSTERHORSSTEINWEG. Zu letzterer sei die Einfahrt zweispurig, von der Contrescarpe einspurig. Wenn nun der eine Theil verbreitert würde, so wäre es sehr erwünscht, daß auch die Strecke vom OSTERHORSSTEINWEG bis zur Contrescarpe verbreitert werde. Er habe verschiedene Male gesehen, daß Fuhrwerke, welche von drei Richtungen her sich entgegenkamen, nicht durchkommen konnten und die Wagen wieder zurückgeschoben werden mußten. Weiter möchte er darauf aufmerksam machen, daß die Fahrstraße am OSTERHORSSTEINWEG auf diesem Theile bis zur Apotheke sehr beschränkt sei und durch eine Verbreiterung des Hohenpfades vom Wagenverkehr entlastet werden könnte.

Herr Tebelmann: Allerdings sei die Verbreiterung der Strecke des Hohenpfades zwischen dem jetzt zu verbreiternden Theile und dem OSTERHORSSTEINWEG auch sehr wünschenswerth. Es handele sich dabei um die Beseitigung der Vorgärten oder eines Theils derselben. Hoffentlich werde das demnächst auch gelingen. Es liege hier ähnlich, wie bei der Basmerstraße, wo die Vorgärten auch tief in die Straße vorsprangen. Gegenwärtig lasse sich bei der Sache nichts machen. Wenn aber vielleicht Herr Reichmann mit den Leuten bekannt sei, so werde es ihm vielleicht möglich sein, sie zu veranlassen, entsprechende Anträge zu stellen. Im Uebrigen werde durch die Regulirung erreicht, daß die Verlängerung demnächst auch Rutenstraße heiße, und wir dann nicht mehr zwei Bezeichnungen haben.

Herr Henze: Die Sache liege so, wie Herr Tebelmann gesagt habe, die Verbreiterung nach dem OSTERHORSSTEINWEG hin sei sehr wünschenswerth. Er habe es immer bedauert, daß dort so gebaut worden sei und es sei zu verwundern, daß noch kein Unglück passiert sei. In der letzten Zeit seien wieder 500 M. ausgegeben für eine kleine Ecke beim Hause des Uhrmachers Bruns, aber damit war nicht viel geholfen.

Herr Präsident: Er nehme an, daß die Straßenregulirung am Rembertikirchhof heute nicht zur Verhandlung kommen solle und die Bürgerschaft einverstanden sei, daß die Sache bis zur Budgetberathung ausgesetzt werde.

Der Antrag der Baudeputation wegen der Regulirung am Hohenpfad wurde angenommen.

Nr. III der Tagesordnung:

### Mittheilung des Senats vom 10. Januar 1893:

2. Ankauf der Kampe'schen Stelle für die Krankenanstalt.

Herr Lodtman: Die Inspektion und Administration der Krankenanstalt würden sich berechtigten Vorwürfen aussetzen, wenn sie nicht versucht hätten, dies Grundstück zu erwerben. Ein Blick auf den Plan werde überzeugen, daß gerade dieses Grundstück zur Arrondirung des Areals außerordentlich werthvoll und für später nothwendig werdende Erweiterungsbauten erforderlich sei. Die Krankenanstalt habe deshalb seit längerer Zeit schon ihr Auge auf dieses Grundstück gerichtet und nur den richtigen Zeitpunkt abgewartet, wo dasselbe zu einem angemessenen Preise zu erwerben sei. Dieser Zeitpunkt sei jetzt gekommen. Die ursprüngliche Forderung von 105 000 M. sei jetzt auf 60 000 M. ermäßigt, ein Preis, welcher ihm von vielen unbetheiligten Seiten als ein billiger, von keiner Seite als ein theurer bezeichnet sei. Die Finanzdeputation sage, daß in der letzten Zeit bedeutende Aufwendungen für die Krankenanstalt gemacht worden wären. Allerdings seien ganz bedeutende Aufwendungen gemacht worden, aber gleiche Aufwendungen werden auch in anderen Städten für Krankenhäuser gemacht, und wir können uns denselben nicht entziehen. Wenn man Millionen über Millionen ausgabe, um Handel, Schifffahrt und Industrie zu heben, und zwar mit vollem Recht, so werde der Staat auch nicht umhin können, die Konsequenzen des Verkehrs zu tragen, da wo es nothwendig, für das körperliche Wohl zu sorgen und die Krankenanstalt auf der ihr zukommenden Höhe zu erhalten und diejenigen Bauten für dieselbe auszuführen, welche nothwendig seien, gleich wie er für das geistige Wohl durch Schulen u. s. w. Sorge. Es sei der Krankenanstalt unter den jetzigen Verhältnissen nicht möglich, allein mit ihren eigenen Mitteln zu wirtschaften, die Finanzverhältnisse derselben seien schlecht. Er möchte aber darauf aufmerksam machen, daß solche bedeutende Aufwendungen, wie sie die Krankenanstalt in der letzten Zeit vom Staat beansprucht habe, kein Novum seien. Die Anstalt könne ohne solche nicht bestehen. Er möchte hervorheben, daß dieselbe Anfang der fünfziger Jahre entstanden sei, daß die derzeitigen Räume ungenügend waren und daß

das neue Gebäude mit einem Kostenaufwand von 217 823 Thaler Gold geschaffen wurde. Von dieser Summe habe der Staat à fonds perdu beigetragen 128 135 Thaler Gold, die Sparkasse durch ein Geschenk 50 000 Thaler, Private 3040 Thaler, zusammen 181 165 Thaler; die Krankenanstalt trug aus eigenen Mitteln 36 757 Thaler bei, oder 17 pCt. der ganzen Summe. Dabei leistete der Staat von Anfang der fünfziger Jahre bis 1864 einen jährlichen Zuschuß zu den Betriebskosten erst von 3000 Thalern, dann von 4000 Thalern. Wie stelle sich die Sache nun mit den Bauten, welche die Anstalt im Staatsinteresse habe unternehmen müssen? Es seien ausgegeben für Landankäufe in der Wisch, für das Maschinenhaus, für das Waschhaus, für die Küche, für die Zentralheizung, für Kanalisation und für den Bau des chirurgischen Krankenhauses mit Zuschüttung des Grabens u. s. w. im Ganzen 950 000 M. Von dieser Summe habe der Staat als Zuschuß gegeben 300 000 M., für den Bau der Küche 70 000 M. und einen Vorschuß von 340 000 M. Diesen Vorschuß dürfe man vorläufig nicht als Vorschuß, sondern müsse ihn als Zuschuß betrachten, denn er verhehle nicht, daß es der Krankenanstalt schwer sein werde, ihn zurückzuzahlen. Die Summe, welche der Staat zugeschossen, betrage also 710 000 M., die Krankenanstalt wandte aus eigenen Mitteln 240 000 M. auf, das mache 25 pCt. gegenüber den 17 pCt. der früheren Aufwendungen. Nun würden allerdings die Finanzen der Anstalt nicht so ungünstig gestellt sein, wenn frühzeitig eine Tarifierhöhung stattgefunden hätte. Daß die Anstalt an eine derartige Erhöhung nicht leicht herangegangen, werde man nicht ganz unbegreiflich finden, zudem habe die Tarifierhöhung beim Senat auf außerordentliche Schwierigkeiten gestoßen, sie wurde erst nach langen Verhandlungen vom Senat genehmigt, erst nachdem dem Senat dargelegt worden, daß es unmöglich sei, noch ferner mit dem bisherigen Tarif auszukommen, habe er dazu seine Zustimmung erteilt. Diese Zustimmung des Senats war mit einem schlechten Betriebsjahr nicht zu erreichen, es gehörten mehrere finanziell schlechte Betriebsjahre dazu, ehe der Senat seine Genehmigung gab. Der Staat habe übrigens bei dem billigen Tarif insofern gespart, als er für die von der Polizei und der Armenpflege der Krankenanstalt zugewiesenen Kranken weniger zu zahlen hatte, ein nicht unbedeutender Vortheil des Staats, der aber zugleich der Krankenanstalt zum Schaden gereichte. Er möchte hierbei bemerken, weil gegentheilige Ansichten ausgesprochen worden seien, daß der jetzige Tarif nicht höher sei, als in anderen Städten. Ehe die Krankenanstalt zu dem Vorschlag einer Tarifierhöhung geschritten, habe sie sich bei verschiedenen anderen deutschen Krankenanstalten über die dortigen Tarife erkundigt, und erst nachdem die Resultate darüber vorlagen, habe sie sich entschlossen, den Antrag auf Tarifierhöhung zu stellen. Es lagen die Antworten vor aus Berlin von der großen Krankenanstalt zu Moabit, ferner von den zu Friedrichshain und St. Urban. Dort koste die gewöhnliche Pflege, welche die Haupteinnahme bringe, wie bei uns 2 M. Ferner nehmen 2 M. Wiesbaden, Nürnberg und Hamburg. In Magdeburg würde 1,50 M. und für Nebenkosten 50 S., also ebenfalls 2 M. bezahlt. Der gleiche

Fall liege in Hannover vor, dort rechne man 1,70 M. und 40 S., also 2,10 M. Frankfurt am Main nehme 2,20 M., Mannheim 2,25 M. In Köln sei die einzige Anstalt, welche einen billigeren Tarif habe, nämlich 1,50 M. für die gewöhnliche Pflege, diese habe aber aus eigenem Vermögen eine Einnahme von 149 620 M. Es würde nun, um aus dieser finanziellen Verlegenheit herauszukommen, das Einfachste sein, eine Verstaatlichung der Krankenanstalt vorzunehmen; die Inspektion und Administration haben sich aber nicht entschließen können, mit einem derartigen Vorschlage hervorzutreten, da sie sich sagen mußten, daß daraus eine ganz bedeutende finanzielle Bürde für unsern Staat hervorgehen würde. Die Krankenanstalt führe die Verwaltung mit wenigen Beamten: einem Verwalter (2500 M. Gehalt), einem Rentanten (1800 M. Gehalt), einem Proviantmeister (1280 M. Gehalt) und einem Schreiber (350 M. Gehalt). Er überlasse es der Entscheidung der Bürgerschaft, ob sie glaube, daß man bei dem Staatsbetriebe auch so billig wegkommen würde. Diese Beamten arbeiten unter der Kontrolle der Administration, und daß sie gut und zuverlässig arbeiten, dafür liege der Beweis vor in den Verpflegungskosten gegenüber den Pflegekosten der Privatstalten. Er könne zum Vergleich nur das Jahr 1890 heranziehen. In diesem Jahre arbeiteten die sämtlichen hiesigen Krankenanstalten — er bringe ihre Einnahme aus eigenem Vermögen, Legaten, Geschenken, Beiträgen bei allen Anstalten in Abzug — mit einem Defizit, und zwar die allgemeine Krankenanstalt mit einem solchen von 49 S. pro Tag und Kopf, das Diakonissenhaus mit 65 S., das Krankenhaus zum rothen Kreuz mit 82 S. Er glaube also, die Krankenanstalt arbeite nicht theuer, wie wohl ausgesprochen sei, sondern billiger als die Privatanstalten und sie arbeite gut dabei. Was überhaupt bei einer Verstaatlichung herauskomme, mögen der Bürgerschaft auch die Kosten beweisen, die in Hamburg aufgebracht werden müssen. Uns koste der Aufwand pro Tag und Kopf 2 M. 22 S. im Hamburger Allgemeinen Krankenhause, welches unter staatlicher Leitung stehe, koste derselbe 3 M. 39<sup>3</sup>/<sub>4</sub> S. Das seien ziemlich berebte Zahlen. Er möchte nun dringend bitten, wenn die Bürgerschaft zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß das Grundstück von großem Werth für die Krankenanstalt sei, nicht auf die Vorschläge der Finanzdeputation einzugehen und den Ankauf davon abhängig zu machen, daß die Krankenanstalt einige weitere Berichte geben solle über die Bauten, die sie in den nächsten Jahren noch vorhabe. Sie würde durch die Annahme eines solchen Vorschlags vielleicht den ganzen Ankauf unmöglich machen, denn er glaube nicht, daß das Grundstück, nachdem in öffentlicher Sitzung eine Debatte darüber gepflogen, uns nach dem 15. März noch für 60 000 M. an der Hand sein würde. Diese Berichte, die die Finanzdeputation wünsche, würden ja gern und sofort gemacht werden; man würde die Arbeit nicht scheuen, aber für die Inspektion und Administration sei es eine vollständige Unmöglichkeit, derartige Berichte zu machen. Die Krankenanstalt baue nicht zu ihrem Vergnügen, sondern gedrängt von den betreffenden Behörden im Staatsinteresse, und nur diejenigen Bauvorschläge, diejenigen Erweiterungen, die von der Sanitätsbehörde und andern Behörden, vom Medizinalamt

ausgehen, bringe die Krankenanstalt an die Bürgerschaft, wenn sie sich auch von der Nothwendigkeit überzeugt habe. Sonst würde die Krankenanstalt sicherlich nicht bauen. Abgesehen davon, daß sie keine Mittel habe, würde sie es auch deshalb nicht thun, weil sie nie ein finanzielles Interesse dabei habe. Was die Krankenanstalt thue, thue sie nur im Interesse des Staats, die Interessen des Staats und der Krankenanstalt seien vollkommen identisch. Er bitte, dem Antrage des Senats zuzustimmen. Die spätere Verwendung bleibe dem Senat und der Bürgerschaft überlassen. (Bravo!)

Herr Debbe: Er habe Herrn Lodtmann gebeten, er möchte doch alle prinzipiellen Fragen heute ganz zurückstellen. Wir stehen unter dem Eindruck, daß wir noch eine sehr wichtige Debatte vor uns haben und daß jede Verhandlung vorher uns eigentlich heute doppelt lästig sei. Er sei im höchsten Grade überrascht, daß Herr Lodtmann jetzt seine Rede damit schließe, daß er den Senatsantrag empfehle, der Senat und Bürgerschaft in keiner Weise engagire, sondern nur bezwecke, daß das Grundstück einstweilen für den Staat angekauft werde. Das empfehle er auch, und um garkeinen weiteren Aufenthalt zu geben, wolle er garkein weiteres Wort darüber verlieren. (Schluß!)

Herr Lodtmann: Soviel er den Antrag des Senats verstanden habe und nach den Erkundigungen, die er darüber eingezogen habe, beabsichtige der Senat nachher das Grundstück der Krankenanstalt zu überweisen, aber die spätere Art der Verwendung, ob Bauten darauf aufgeführt werden sollen, bleibe Senat und Bürgerschaft überlassen.

Herr Präsident verlas die Mittheilung des Senats noch einmal.

Herr Debbe: Er wollte nur zur Klarstellung den Antrag stellen,

die Bürgerschaft genehmigt wie der Senat die Einstellung der 60 000 M. für den Ankauf des Lampe'schen Grundstücks, behält sich aber über die Verwendung ihre freie Entschließung vor.

Herr Dr. Jacobi: Er glaube, man könne den Schluß annehmen. Nach seiner Ansicht liege die Sache so klar, daß kein Zweifel sein könne, was die Bürgerschaft zu beschließen habe. (Heiterkeit.)

Herr Henze: (Unruhe.) Solche wichtige Sachen sollten nicht so kurz abgebrochen werden. Es seien hier wieder Sachen vorzubringen und zu beleuchten. (Nur nicht heute!) Er sei selbst für den Ankauf, hätte aber mancherlei Beschwerden vorzubringen.

Herr Huchting: Er glaube, die Bürgerschaft könne wohl Schluß belieben. Herr Henze könne seine Bemerkungen später machen.

Herr Henze: Er möchte nur den Wunsch aussprechen, daß bei der späteren Verwendung nicht solche Ställe an die Straße gebaut werden, wie am schwarzen Meer geschehen sei.

Es wurde Schluß beliebt und der Antrag des Senats angenommen.

### 3. Freihafen.

Herr Boltzen für die Deputation: Die Korrektion der Weser sei in der Art erfreulich fortgeschritten, daß wir im vorigen Herbst Schiffe bis zu 17 Fuß Tiefgang, ja sogar darüber, nach dem Freihafen heraufbringen konnten. Die Folge davon sei, daß die Deputation mit dem Antrag auf Bewilligung einer leider großen Summe hervortreten müsse, um auch den Hafen, der bisher bei niedrigem Wasserstand nur 4 Meter Tiefe habe, um 1,20 Meter zu vertiefen. Es sei schon vor 4—5 Jahren, als der Hafen ausgebaggert wurde, veranschlagt worden, daß solche Vertiefung demnächst nothwendig werden würde. Erfreulicherweise sei diese Nothwendigkeit sehr rasch hervorgetreten und er hoffe, daß wir darauf rechnen können, im nächsten Jahre, daß  $1\frac{1}{2}$ —2 Fuß tiefer gehende Schiffe heraufkommen können. Er glaube demnach, daß es nothwendig sein werde, daß sofort im Frühjahr mit einer Vertiefung des Hafens angefangen werde, und daher bitte er, den Antrag der Deputation anzunehmen.

Herr Scriba: Er habe die Ueberzeugung, daß wir den Freihafen auf 8 Meter ausbaggern müssen, denn wie die Verhältnisse jetzt liegen, könne es nicht bleiben. Der unnormale Wasserstand, hauptsächlich des Oberwassers, habe diese Vertiefung nöthig gemacht. Bei seinen Gängen in dem Freihafen glaube er bemerkt zu haben, daß der Pfahlrost im Laufe des vorigen Sommers bald unter Wasser war, bald  $1\frac{1}{2}$  oder 1 Meter bei Ebbe über dem Wasserspiegel stand. Er hätte nun gern gesehen, daß die Bürgerschaft heute von technischer Seite ein beruhigendes Wort darüber hörte, daß die Einflüsse der Witterung auf diese Pfahlroste keine solche sein können, daß vielleicht mal etwas daran passieren könne. (Sehr richtig!) Vielleicht habe man schon in der Häfen- und Eisenbahndeputation über diesen Gegenstand gesprochen, und er glaube, daß diese Frage die beteiligten Kreise sehr erregte. Vielleicht könne der Herr Rechnungsführer darüber Aufschluß geben. Wenn wir nun den Freihafen auf 8 Meter vertiefen, so trete die Folge ein, daß die in den Freihafen hineingerammten Schrägpfähle den Schiffen sehr hinderlich sein können, und zwar solchen Schiffen, die platt gebaut und mit Rimmkielen versehen seien. Aus der ausgehängten Zeichnung habe er ersehen, daß es wohl noch eben und eben möglich sei, daß solche Schiffe an diesen Schrägpfählen vorbeischnellern können, und der Hafenmeister Ulrich habe auch in seinem Bericht darauf aufmerksam gemacht, daß diese Kalamität wohl eintreten könne, derselbe schlage deshalb vor, Fender oder kleine Pontons anzubringen. Er meine nun, daß man dies wohl vermeiden könne, aber wenn es einmal nicht anders sei, müssen wir uns mit dem Gegebenen, wie es sei, begnügen. Eins möchte er heute noch bemerken, daß der Zeitball noch immer nicht funktionire. (Heiterkeit.) Derselbe sei in gewisser Beziehung das Schmerzenskind des Freihafens, und da die seefahrende Bevölkerung so lebhaft wünsche, daß der Zeitball endlich funktionire, glaube er, daß die betreffenden Kreise, die Deputation für Häfen und Eisenbahnen, wohl bald Veranlassung nehmen werden, die Sache funktioniren zu lassen. Da er nun einmal dabei sei, über den Freihafen zu sprechen, so glaube er, sei es auch wohl

angebracht, daß er mal daran erinnere, wie es eigentlich in Zukunft mit unserer Tonnenabgabe sein werde. Er wisse wohl, daß dies eine Frage sei, die bei der Weserkorrektur zur Sprache kommen müsse, aber er glaube auch, daß jetzt bald der Zeitpunkt gekommen sei, um endlich in dieser Frage mal klar zu sehen. (Bravo!)

Herr Döhle: Nach den Ausführungen des Herrn Scriba verzichte er.

Herr Dr. Rasten: Die von Herrn Scriba angeregte Frage wegen der Pfahlkosten sei schon am vorigen Mittwoch in einem kleineren Kreise zur Sprache gekommen, und habe er deshalb Veranlassung genommen, weil er gehört habe, daß ein technischer Senatskommissar überhaupt bei der heutigen Verhandlung nicht zugegen sein würde, heute Morgen mit Herrn Oberbaudirektor Franzius Rücksprache zu nehmen. Derselbe habe ihm die Pläne vorgelegt und die Aufzeichnungen des selbstregistrierenden Pegels im Freihafen, und auf Grund der Einsicht in diese Akten glaube er, einige Aufklärungen darüber geben zu können. Die Sache liege so, daß die Hafenumauer zunächst auf 5 hintereinander stehenden graden Pfählen fundirt sei, zwischen denen 3 Reihen Schrägpfähle hintereinander liegen. Dann gehen Querräume von der Wasserseite nach der Landseite, das seien die eigentlich tragenden Holme, und darüber legen sich die Längsholme parallel der Uferlinie, und auf diesen steht die Ufermauer, etwas nach hinten übergeneigt, um dem Druck von der Landseite her besser das Gleichgewicht bieten zu können und die Stabilität mehr zu verstärken. Es liege nun die Unterkante des Querrholms, der im vorigen Sommer sichtbar geworden sei, auf etwa 2,53 m unter Null. Unter gewöhnlichen Verhältnissen sei nun das Spiel von Ebbe und Fluth im Freihafen so, daß das Hochwasser hinabsteige bis 1 m unter Null ordinär Hochwasser, und daß es dann abfalle bis auf etwa 2 m unter Null. Weil nun der Querrholm auf 2,51 m herunter liege, werden unter gewöhnlichen Verhältnissen die Holme vom Wasser bedeckt sein, ebenso die Pfähle. Er müsse bemerken, daß von den 5 Reihen Pfähle nur die vorderste wegen Trockenlegens in Betracht kommen könne, die übrigen Pfähle, weil sie mehr nach hinten überliegen, seien nie trocken gewesen. Bei den ungünstigen niedrigen Oberweserständen im vorigen Sommer sei nun vorgekommen, daß das Niedrigwasser viel weiter abgefallen sei, nicht nur bis 2 m unter Null, wie es regulären Verhältnissen entsprechen würde, sondern ausnahmsweise bis auf 2,50, ja 2,72 m unter Null. Dieser tiefste Stand sei am 27. November erreicht. Während dieses niedrigen Standes haben die beiden Holme, der Querrholm und der Längsholm und das obere Ende der vorderen Pfahlreihe zeitweise, aber nur stundenweise, trocken gelegen. Im Uebrigen aber, während der Fluthzeit, seien sie vollständig bedeckt gewesen. Es könne sich also immer nur um stundenweises Trockenliegen der Holme und der Köpfe der vorderen Pfahlreihe handeln. Nun sei aber die Erfahrung, daß wenn dieses Freiliegen nur stundenweise erfolge und während der übrigen Zeit solche Pfähle vollkommen vom Wasser bedeckt werden, das der Festigkeit der Pfähle durchaus keinen Eintrag thue. Das beweise die Erfahrung an vielen anderen Stellen.

(Widerspruch.) Wenn solche Pfähle tagelang trocken liegen und dann wieder naß werden, dann allerdings könne es vorkommen, daß sie faul werden, aber bei allen Hafengebäuden, wie ihm von anderen Technikern und heut' wieder vom Herrn Oberbaudirektor Franzius nachdrücklich bestätigt sei, habe man dieselbe Erfahrung gemacht, daß, wenn diese Pfähle nur stundenweise mit dem oberen Ende aus dem Wasser herausragen, während der übrigen Zeit aber benetzt werden, das auf die Festigkeit der Pfähle keinen Einfluß habe. Er erinnere daran, daß z. B. die Mauern am Vorhafen in Geestemünde ebenfalls während des Niedrigwassers mit ihren Köpfen freiliegen, ohne daß das bis jetzt der Festigkeit der Mauern irgendwie geschadet habe. Man habe jetzt bei Brake Duc'alben herausgenommen, bei denen die Verhältnisse insofern ungünstiger waren, als die Fluthintervalle viel größer seien als hier und das Holzwerk dieser Duc'alben habe sich als vollständig intakt erwiesen. (Ruf: Eichene Pfähle!) Es handle sich hier, wie schon hervorgehoben, um Ausnahmefälle. Wir haben im letzten Jahre einen ausnahmsweise trockenen Sommer gehabt und niedrige Wasserstände, wie man in andern deutschen Flüssen ebenfalls gehabt habe, für die Zukunft aber sei zu erwarten, daß die Verhältnisse auch bei ungünstigen Oberweserständen doch noch viel günstiger werden, als jetzt der Fall, weil die Weserkorrektur noch nicht ihre volle Wirkung ausübe. Man wisse ja, daß die Sohle der Weser (Unruhe) auf der Strecke von Bremerhaven nach Begeack bereits nahezu auf die projektierte Tiefe getreten sei, aber im unteren Theile der Weser liege die Sache insofern anders, als bei Sandstedt z. B. — das sei der Hauptpunkt der in Betracht komme — noch nicht die beabsichtigte tiefe Lage der Sohle erreicht sei. Die Folge sei, daß das Fluthwasser noch nicht in vollem Maße heraufkommen könne. Wenn aber — und Herr Oberbaudirektor Franzius habe heute Morgen diese bestimmte Versicherung gegeben — das Fluthwasser noch freier als jetzt ablaufen könne, werden wir hier auch noch eine höhere Fluth erhalten als jetzt. Jetzt haben wir ordinär Hochwasser bei 1 m unter Null, in Zukunft aber werde der Hochwasserspiegel sich noch weiter heben, vielleicht bis auf 50 cm unter Null, sodaß die Höhe, bis zu welcher die Mauer bedeckt werde, bis zu 50 cm ansteige, und die Zeit, wo die Holme trocken liegen, wenn das sich wiederholen sollte, viel kürzer werde als sie jetzt schon sei. Die Besorgnisse nach dieser Richtung scheinen also unberechtigt zu sein, weil es sich nur um stundenlanges Trockenliegen in allerungünstigsten Fällen handle. Es sei ein Ausnahmefall, den wir im vorigen Sommer gehabt haben, der in dieser Weise vielleicht nicht wieder vorkommen werde. Aber jedenfalls handle es sich nur um stundenlanges Trockenliegen, da während des größten Theiles des Tages, während  $\frac{3}{4}$  des Tages die Holme vollständig vom Wasser bedeckt seien, und nach den Versicherungen der Techniker habe das auf die Festigkeit der Pfähle und die Standfestigkeit der Mauer durchaus keinen Einfluß.

Herr Voltjen: Im Großen und Ganzen könne er wohl bestätigen was Herr Dr. Rasten gesagt habe, aber als wir derzeit den Hafen bauten, konnte Herr Oberbaudirektor

Franzius unmöglich berechnen, daß der Wasserspiegel sich bis auf 2,70 Meter senken würde, wenn er das gewußt hätte, wäre er sicher mit dem Einrammen der Pfähle um 1—2 Meter tiefer gegangen. (Dafür ist er Techniker!) Nun glaube er aber auch, daß, wenn die Pfähle einige Stunden aus dem Wasser kommen, das denselben nicht sehr schaden werde, und was die Festigkeit bei aufstehenden Pfählen betreffe, so werde man ihm sicher zugeben, daß, wenn sie wirklich kleine Beschädigungen an der Außenseite erleiden sollten, diese Pfähle immer dieselbe Tragfähigkeit behalten werden. (Unruhe.) Er sei überzeugt, daß die Ufermauer manche Generation hindurch stehen werde, und Herr Dr. Kasten habe ganz richtig ausgeführt, daß in Geestemünde die oberen Theile der Pfähle alle Tage trocken werden. Herr Scriba habe ferner gemeint, der Hafenmeister wäre ängstlich wegen der schrägen Pfähle. Im Bericht des Hafenmeisters stehe: „Die Schrägpfähle bieten nach meiner Ansicht keine Gefahr für die Schiffe.“ Was nun den Zeitball betreffe, so sei man in Unterhandlung und werde derselbe in nächster Zeit wahrscheinlich aufgestellt werden. (Bravo!)

Herr Dr. Nebelthau zur Geschäftsordnung: Die Debatte ergebe, daß bei dieser Gelegenheit so außerordentlich wichtige Fragen zur Sprache kommen, die schließlich — die Mittheilungen des Herrn Dr. Kasten verdienen gewiß den lebhaftesten Dank — doch nur von unsern Technikern beantwortet werden können, daß er für das Beste halte, den Antrag auf Aussetzung zu stellen und kommissarische Vertretung des Senats zu beantragen.

Herr Bruns stellte dazu den Zusatzantrag, daß über die Sache ein Bericht gefordert werde.

Herr Ph. Ed. Meyer: Er halte für zweckmäßig, daß die Bürgerschaft sich im Prinzip für die Vertiefung ausspreche und die eingestellte Summe bewillige unter Vorbehalt eines näheren Berichts seitens des Oberbaudirektors.

Herr Bruns: Nach den Ausführungen des Rechnungsführers der Deputation könne es klingen als ob die Weserkorrektur später projektirt sei als der Hafenanbau. Umgekehrt sei die Sache. Beim Hafenanbau wußte man ganz genau die Resultate der Weserkorrektur. Umsomehr halte er seinen Antrag für gefügt, er möchte einen Bericht in Betreff der ausgesprochenen Besorgnisse haben.

Herr Präsident beschränkte die Debatte auf den Aussetzungsantrag.

Herr Sichtung: Für den Fall der Aussetzung möchte er beantragen, daß die Bürgerschaft den Wunsch ausspreche, daß auch der Herr Oberbaudirektor Franzius vom Senat mit für die Verhandlung kommittirt werde.

Herr Präsident: Er glaube nicht, daß die Bürgerschaft in der Lage sei, dem Senat darüber Vorschriften zu machen, wen er als Kommissar schicken solle. Es sei in dieser Sache selbstverständlich, daß der Herr Oberbaudirektor als Sachverständiger kommen werde.

Herr Scriba: Er hätte die Angelegenheit nicht zur Sprache gebracht, wenn er nicht dadurch aufmerksam gemacht worden wäre, daß die sogenannten Streichpfähle am Freihafen, die dieselbe Beschaffenheit haben wie die Pfahlroste, sich durchgängig in sehr schlechtem Zustande befinden. (Hört, hört!)

Herr Dr. Feldmann: Er sei nicht für diesen Antrag. Er sei dafür, daß die Bürgerschaft heute die Summe für die Vertiefung des Freihafens genehmige. Die Vertiefung sei einmal nothwendig, und daß nun gelegentlich hierbei zur Sprache gebracht sei, daß die Pfahlroste möglicherweise an Haltbarkeit einbüßten, könne doch nicht Grund sein, die Bewilligung der Summe für die Vertiefung auszusetzen. Vorläufig halten die Pfähle noch, und es könne erst dann der Zeitpunkt sein, darüber zu sprechen, wenn sich eine wirkliche Gefahr herausgestellt habe. Die Aeußerungen des Herrn Dr. Kasten betrachte er als offiziöse Aeußerungen, als Ansicht des Herrn Oberbaudirektor Franzius, und wenn der hierher komme und die Sache auseinandersetze, werde er nichts anderes sagen als was Herr Dr. Kasten bereits gesagt habe. Deshalb sei er gegen den Antrag auf Aussetzung.

Herr Lahmann: Anknüpfend an das vom Vorredner Gesagte, daß der Oberbaudirektor auch wohl nicht mehr mittheilen könnte, als durch Herrn Dr. Kasten geschehen sei, und in Rücksicht darauf, daß die Bürgerschaft gleich zu einem Gegenstande komme, der mit dem vorliegenden sehr verwandt sei und für welchen eine Kommission von 15 Mitgliedern ernannt werden solle, möchte er beantragen, die Vorlage wegen Vertiefung des Freihafens an diese Kommission mit zu verweisen.

Der Antrag des Herrn Lahmann wurde nicht genügend unterstützt.

Herr Dr. Kasten: Er möchte die Bemerkung des Herrn Voltjen wegen der Vertiefung des Hafens und die Bemerkungen von Herrn Scriba wegen der Streichpfähle nicht unbeantwortet lassen. Der Oberbaudirektor habe in dem Bericht wörtlich gesagt: „Die beantragte Vertiefung des Hafens, welche auch meinerseits bei Projektirung desselben vorgesehen worden ist, wird für dessen Benutzung vortheilhaft und hinsichtlich der Stabilität der Mauern völlig zulässig sein.“ Wenn ein Mann, welcher einer der bedeutendsten Techniker der Welt sei, diese Versicherung gebe, so können wir uns, glaube Redner, wohl darauf verlassen. Er möchte hinzufügen, daß ausdrücklich bei Anlage des Hafens gesagt worden sei, daß eventuell die Hafensohle tiefer gelegt werden solle. Er habe mit dem Oberbaudirektor heute Morgen über diese Frage gesprochen, derselbe habe erklärt, diese Vertiefung sei bei dem Projekt schon vorgesehen worden. Es sei deshalb, davon sei Redner überzeugt, dem Oberbaudirektor nicht eingefallen, jetzt zu sagen, wenn er gewußt hätte, daß die Weserkorrektur einen so guten Verlauf nehmen würde, so würde er den Pfahlrost tiefer gelegt haben. Der Pfahlrost sei fundirt für die Zukunft. Die Bemerkung des Herrn Scriba wegen der Streichpfähle treffe nicht zu. Diese seien unter Bedingungen, unter welchen der Pfahlrost nicht sei. Die

Streichpfähle seien allen Witterungseinflüssen ausgesetzt, sie werden bald naß, bald trocken, und da zeige sich dieser zerstörende Einfluß. Die Pfähle dagegen, welche den Pfahlrost bilden, die nur zeitweilig einige Stunden aus dem Wasser ragen, werden nicht trocken. Die Schädlichkeiten, welche die Streichpfähle treffen, seien für den eigentlichen Pfahlrost ohne Belang und sie können zum Vergleich nicht herangezogen werden.

Herr Brüns: Er möchte die Bürgerschaft bitten, die Sache heute auszusetzen und bei der Wichtigkeit der Frage den Senat um kommissarische Vertretung zu ersuchen, die derselbe ohnehin hätte verfügen sollen. Ob dieselbe heute oder in acht Tagen erledigt werde, mache keinen Unterschied. Die Unterredung, welche Herr Dr. Kasten mit dem Oberbaudirektor gehabt habe, sei privater Natur und könne die Bürgerschaft nicht interessieren. (Widerpruch.) Der Oberbaudirektor sollte hier selbst am Platz sein.

Herr Joh. Tideman: Er stehe auf demselben Standpunkt, wie Herr Dr. Kasten und glaube, die Bürgerschaft könnte die Vertiefung des Hafens genehmigen. Er halte es aber auch für wünschenswerth, daß, nachdem die Haltbarkeit des Pfahlrostes in Zweifel gezogen worden sei, unter diesen Umständen und zwar auch zur Beruhigung des Publikums, vom Oberbaudirektor hier Aufklärungen gegeben werden. Aus diesem Grunde möchte er sich dem Antrage von Herrn Dr. Nebelthau auf Aussetzung anschließen, sich aber gegen den Antrag des Herrn Brüns auf Berichterstattung erklären. Eine solche würde längere Zeit erfordern. Wenn die Bürgerschaft dagegen kommissarische Vertretung beantrage, so habe sie die Sache in acht Tagen wieder und könne dann beschließen. Was die Streichpfähle betreffe, so können diese Schiffe mit Rimmkielen allerdings hinderlich sein; er habe aber auf Erkundigung erfahren, daß solche Schiffe wieder aus der Mode kämen und nur noch wenig gebaut würden.

Herr Struckmann: Gegen eine Berichterstattung oder eine weitere Verhandlung in der Bürgerschaft könne man nichts einwenden. Er stehe auf dem Standpunkt von Herrn Dr. Feldmann, weil an der Höhe des Wasserspiegels durch die Vertiefung faktisch nichts geändert werde. Die Bürgerschaft könne deshalb die Vertiefung ruhig genehmigen und einen Bericht nachkommen lassen. Es bleibe hinsichtlich des Hochwassers gleich, ob der Hafen vertieft werde oder nicht.

Der Antrag auf Aussetzung wurde angenommen, der Antrag des Herrn Brüns abgelehnt.

#### 4. Seefahrtschule.

Der Bericht wurde dankend entgegen genommen.

Nr. IV der Tagesordnung:

### Mittheilung des Senats vom 23. December 1892:

1. Abführung des Hochwassers.

2. Neubau der großen Weserbrücke.

Senatskommissare: Die Herren Senator A. Gröning und Senator Wessels.

Herr Präsident theilte mit, daß noch eine Eingabe gekommen sei von Bewohnern der Walldammstraße, Kirchenstraße, großen Johannisstraße, Osterstraße u. s. w., die sich dafür ausspreche, daß die Brücke nach dem Antrage des Senats an der jetzigen Stelle bleiben möge.

Herr Tebelmann: Die Mittheilung des Senats vom 23. December in Verbindung mit dem Bericht der Baudeputation zerfalle in zwei Anträge, erstens betreffs der Abführung des Hochwassers und der damit in Verbindung stehenden Abwendung von Hochwassergefahren, zweitens wegen des Neubaus oder Umbaus der großen Weserbrücke. Daß beide Anträge sowohl in wirtschaftlicher wie in finanzieller Beziehung von tief eingreifender Bedeutung für unser Gemeinwesen seien, dafür sei der Beweis geliefert durch die mannigfachen Vorverhandlungen und Vorbereitungen, welche darüber stattgefunden haben, sowie durch die Kritik der verschiedenen Projekte in der Presse, gleichwie durch die verschiedenen an die Bürgerschaft gekommenen Eingaben. Wenn es nun der Wunsch einer großen Anzahl von Bürgerschaftsmitgliedern sei, vor definitiver Entscheidung in dieser Sache die ganze Vorlage noch einer vorgängigen Prüfung durch eine dieserhalb niederzusetzende Kommission unterziehen zu lassen, so könne er diesen Wunsch nur als durchaus gerechtfertigt bezeichnen und er werde deshalb unterlassen heute tiefer auf die Materie einzugehen, weil anzunehmen, daß einem solchen Antrage Folge gegeben werde. Er erlaube sich deshalb den Antrag,

die ganze Vorlage an eine Kommission von 5 Mitgliedern zu baldmöglichster Berichterstattung zu verweisen, und dieser Kommission alle Anträge, welche heute noch gestellt werden mögen, sowie auch die Eingaben an die Bürgerschaft mit auf den Weg zu geben.

Herr Präsident: Dann bitte er die Debatte vorläufig auf die Verweisung an eine Kommission zu beschränken, wobei nicht ausgeschlossen sei, daß der Kommission noch Wünsche und Anträge mit auf den Weg gegeben werden.

Herr Below: Die Baukommission habe geglaubt, daß sie sich mit dieser Sache beschäftigen müsse, daß dieselbe zu ihrem Ressort gehöre, sie habe auch Beratungen darüber gehalten und sich einigermaßen mit der Sache vertraut gemacht. Da nun in der letzten Bürgeramtsitzung die Meinung hervortrat, daß, da bei dem Brückenbau und der Abführung des Hochwassers so mannigfache Interessen in Frage kommen, es zweckmäßig sein würde, die Sache an eine Kommission von 15 Mitgliedern zu verweisen, so sei er in der Lage diesen Antrag aufs Wärmste zu empfehlen.

Herr Bergfeld; Wohl keine Angelegenheit sei mit so viel Voreingenommenheit und Vorurtheil in die Wege geleitet, wie diese Vorlage wegen der Weserbrücke und der Vertiefung der Weser in Rücksicht auf die Hochwassergefahr. Auch er begrüße den Antrag des Herrn Tebelmann, die ganze Vorlage an eine Kommission von 15 Mitgliedern zu verweisen; er möchte aber noch darauf hinweisen und der Kommission auf den Weg geben, was uns geleitet habe bei

der Auffassung dieser Angelegenheiten. Wir haben uns von vornherein fragen müssen: was ist die Ursache, daß sich die Neustadt bei jeder Gelegenheit zurückgesetzt fühlt, weshalb hat sie immer den Eindruck einer stiefmütterlichen Behandlung, weshalb glaubt sie bei der Straßenbepflasterung, Kanalbauten, Errichtung von öffentlichen Gebäuden immer zurückgesetzt zu sein? Man mußte sich fragen, liege es etwa daran, daß die Neustadt vielleicht ungesund, daß die Behörden nicht das Interesse für die Neustadt habe wie für die Altstadt? Nein, die Ursache sei die mangelhafte Verbindung der Neustadt mit der Altstadt. (Sehr richtig!) Diese absolut mangelhafte Verbindung und die dadurch hervorgerufene schwierige Entwicklung der Neustadt sei der Grund. Trotzdem die Neustadt sich auch in der Breite ausdehnen könne, entgegen der Altstadt, die sich nur in der Länge ausdehne, sei die Entwicklung der Neustadt eine schwierige. Bei dieser Sachlage mußte man von selbst auf den Gedanken kommen, ob die Verbindung durch die Börsebrücke nicht diesem Mangel abhelfen könne; man fragte sich, ob es nicht zweckmäßig wäre, wenn auch nicht jetzt, so doch bei Projektirung neuer Verkehrswege darauf hinzuwirken, daß diese Brücke etwas nach aufwärts verschoben werde, um die angemessenen Zwischenräume zu finden für eine später anzulegende Brücke gegenüber der Brautstraße und eine solche gegenüber dem Osterdeich. Es gebe wohl keine Stadt in Deutschland, welche, getrennt durch einen Fluß, eine so mangelhafte Verbindung der beiden Theile habe, wie gerade Bremen, die große Handelsstadt. Wenn aber diese wirtschaftliche Nothwendigkeit klar liege, so müsse man auch zu der Ueberzeugung kommen, daß die große Weserbrücke etwas mehr nach oben zu verlegen sei, damit die Verlängerung derselben über die kleine Weser der Brücke gegenüber der Brautstraße keine Konkurrenz mache. Das werde ohne Schädigung des Verkehrs erreicht werden können. Er halte es für wünschenswerth, daß dieser Gesichtspunkt von der Kommission mit ins Auge gefaßt werde, und er wolle nicht weiter auf die Verhandlung eingehen, sondern sich auf eine Empfehlung des Verweisungsantrags beschränken.

Herr Dr. Buff: Die Zustimmung, welche die Bürgerschaft dem Antrage des Herrn Tebelmann habe zu Theil werden lassen, überhebe ihn der Pflicht, noch etwas hinzuzufügen. Wenn jemals eine Sache es werth gewesen, durch eine Kommission besehen zu werden, so sei es diese Vorlage. Er bitte den Antrag auf Kommission einstimmig anzunehmen.

Es wurde Schluß beantragt.

Herr Tiele: Er wünsche noch einen Antrag zu stellen und möchte die Bürgerschaft bitten, ihm noch einige Worte zu gestatten, um denselben zu motiviren, weil die Verhältnisse

vielleicht nicht sämtlichen Herren bekannt seien. Sein Antrag laute:

Die Bürgerschaft beauftragt die Kommission, ferner darüber zu berathen und zu berichten, ob es nicht der Billigkeit entspricht, auch diejenigen Bollwerke an der großen und kleinen Weser, deren Unterhaltung im übrigen den Anwohnern obliegt, vor einer Gefährdung durch Senkung des Bettes der Weser auf Staatskosten zu schützen.

Herr Scriba: Er möchte bitten, den Schluß noch nicht zu belieben. Es wäre sehr angebracht, daß über unsere Finanzlage noch etwas gesprochen und der Kommission auf den Weg gegeben werde, daß sie nicht gerade das ergreife, was am meisten koste, sondern die Sache ökonomisch behandle.

Der Schluß wurde beliebt.

Herr Präsident: Der Antrag des Herrn Tiele werde mit an die Kommission gehen.

Der Antrag des Herrn Tebelmann auf Kommissionsberathung wurde angenommen. Zu Mitgliedern der Kommission wählte die Bürgerschaft die Herren Ph. Meyer, Below, Woltjen, Lahmann, Dr. Kasten, Bergfeld, Richter Mohr, Hildebrand, Tebelmann, Johannes Tiedemann, Huchting, Scriba, Helmken, Hauschild und Pagenstecher.

Nr. V der Tagesordnung:

### Mittheilung des Senats vom 13. Januar 1893:

#### 2. Hilfsschule.

Herr Tebelmann: Er könne die im Bericht angegebenen Gründe nur bestätigen. Die Schule habe bis so weit segensreich für die Kinder gewirkt. Er bitte, dem Antrage der Schuldeputation zu entsprechen.

Der Antrag der Schuldeputation wurde angenommen.

#### 3. Verkauf eines Anbauplatzes in Bremerhaven.

Wurde auf Antrag des Herrn Woltjen ausgesetzt.

Nr. VI der Tagesordnung:

### Mittheilung des Senats vom 14. Oktober 1892:

#### 1. Neuvermessung des Bahnhofsterrains.

Die Nachbewilligung wurde genehmigt.

Schluß der Sitzung 8<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

*[The page contains extremely faint, illegible text, likely bleed-through from the reverse side of the leaf. The text is arranged in several paragraphs and is difficult to decipher.]*